

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Band: - (1989)
Heft: 10: Immigration

Artikel: Asylpolitik : bleibt uns nur noch Verzweiflung?
Autor: Zuppinger, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Asylpolitik: Bleibt uns nur noch Verzweiflung?



Angesichts der Entwicklung der schweizerischen Flüchtlingspolitik bleibt uns bald nichts mehr anderes übrig als unsere eigene, stille Verzweiflung. In keiner andren Frage wurde je die öffentliche Meinung in derart unverhohlener und unverschämter Weise durch die Behörden, die rechten PolitikerInnen und eine Handvoll akkreditierter JournalistInnen manipuliert.

FOTO: MANUEL FERROL

These 1

Eine «Flüchtlingsinvasion» bedroht unser kleines Land. In Wirklichkeit geht es um ein paar tausend entwurzelte Existenzen, weit weniger als z.B. die geschätzte Anzahl der nicht registrierten SchwarzarbeiterInnen. Freilich, um Asylsuchende muss sich der Staat kümmern, was Behörden unter Druck setzt. Freilich stimmt es auch, dass die konkrete schweizerische Asylpolitik seit Jahren fast nur noch auf Abschreckung setzt und trotzdem immer mehr Asylsuchende registriert. Jeder unvoreingenommene Beobachter muss daraus schliessen, dass die Ursachen, die Flüchtlinge aus ihren Ursprungsländern zu uns drängen, gravierender sind als offiziell angenommen. Die politische Klasse zieht es vor, die Schweizer BürgerInnen mit der These von der Volksinvasion aufzuhetzen.

These 2

95 Prozent der Asylsuchenden sind «Wirtschaftsflüchtlinge». Wer kann mir erklären, warum sie fast alle aus Regionen kommen, wo Bürgerkrieg oder Staatsterror herrscht? – Die Erwerbsmöglichkeiten sind in der ganzen Türkei schlecht. Menschenrechte werden in der ganzen Türkei verletzt. Unerträglich ist jedoch die Lage vor allem für die KurdInnen. Sogenannte türkische Flüchtlinge kommen fast ausschliesslich aus Kurdistan. Wer sich konkret mit Asylsuchenden befasst, weiss zudem,

dass das eidgenössische Polizeidepartement nur als Flüchtling anerkannt, wer belegen kann, dass er persönlich kurz vor der Ausreise aus seinem Land von den Staatsbehörden im Rahmen eines offiziellen, auf Verurteilung ausgerichteten Verfahrens der Freiheit beraubt oder schweren Folterungen ausgesetzt worden ist. Diese extrem restriktive Definition hat nichts mehr zu tun mit der relativ generösen Formulierung des offiziellen Asylgesetzes. Sie geht offensichtlich und gewiss nicht unabsichtlich an der Wirklichkeit der Ursprungsländer der Asylsuchenden vorbei. Unterdrückung und soziales Chaos heisst in erster Linie Willkür, unklare Verfahren, Ausdehnung der Repression von den direkt Betroffenen auf die Familienangehörigen, Arbeitsteilung zwischen offiziellen Repressionskräften und mit diesen zusammenarbeitenden Terrorgruppen, ethnische Auseinandersetzungen, korrupte Verwaltungen, unstete Verwaltungspraxis usw. Dies alles wird von unseren Asylbehörden schlechthin ignoriert.

Die unangemessenen Kriterien unserer Asylbehörden führen aber nicht nur zum ungerechtfertigten Ausscheiden effektiv Verfolgter. Sie sind auch völlig unkontrollierbar. Der Delegierte für das Flüchtlingswesen (DFW) löst das Problem durch Anwendung interner Wahrheitskriterien, die zwar konstant, aber nichtsdestoweniger willkürlich sind, langwierige Verfahren erfordern (die die eigentliche Ursache des unbewältigten Aktenberges ausmachen) und dennoch dazu führen, dass unter den EmpfängerInnen des Flüchtlingsstatus neben effektiv Verfolgten ein erstaunlich grosser Prozentsatz von Glückspilzen zu finden ist. Grotesker könnte es nicht zugehen.

Wer all dies von innen kennt, weiss nur eines: Die Theorie von den 95 Prozent «Wirtschaftsflüchtlingen» ist wie die Theorie von der Flüchtlingsinvasion äusserst effizient, um verunsicherte Schweizer BürgerInnen gegen die Asylsuchenden aufzuhetzen. Mit der Wirklichkeit hat sie rundweg nichts zu tun.

These 3

Unsere Asylpolitik ist horrend teuer. Sicherlich gerechtfertigt ist es, sich zu fragen, ob es sich lohnt, jährlich 400 Millionen auszugeben für eine Verwaltungspraxis, deren Willkür sich kaum von derjenigen der totalitären oder zerrütteten Regimes unterscheidet, vor denen die Asylsuchenden geflüchtet sind. Die Lösung liegt jedoch nicht im Abbau der Ausgaben, sondern im Abbau der Willkür durch Einführung von Kriterien, die sich einerseits dem Text des Asylgesetzes und andererseits der Realität der Ursprungsländer der Flüchtlinge annähern.

Von Asylpolitik bald keine Rede mehr

Offensichtlich geht der politische Trend genau in die gegenseitige Richtung. In diesem Sommer sind die Freisinnige Partei und zuvor die SVP auf die Barrikaden gestiegen, um eine zusätzliche Vergewaltigung des Asylgedankens zu verlangen. Mit drastischer Einengung des Zugangs zum «Asylsuchenden-Status» auf diejenigen Flüchtlinge, die an einem Grenzposten zugelassen werden, dank grosszügiger Ausdehnung der summarischen Verfahren und zusätzlicher Vereinfachung der normalen Verfahren und durch zusätzliche Abschreckungsmassnahmen für angenommene Asylsuchende wollen sie den Aktenberg auf ein verdauliches Mass hinunterzwängen.

Weniger bekannt, aber mindestens ebenso beängstigend ist die aktive Beteiligung der schweizerischen Polizeibehörden an den europäischen Bestrebungen, den Kontinent möglichst rasch und einheitlich gegen Flüchtlinge abzudichten und die Abschreckungs- und Ausschaffungspolitik gesamt-europäisch zu vereinheitlichen. Mit Flüchtlingsaufnahme hat all dies nichts mehr zu tun. In diesem Sommer hat die NZZ in einer Artikelserie über die Türkei die Lage der demokratischen Rechte in diesem Land recht realistisch beschrieben. Für die

FDP reduziert sich das Problem dennoch auf die Frage: Wie kann man den Aktenberg des Eidgenössischen Polizeidepartementes abbauen? Dies kann nur so verstanden werden, dass in unserem Land (wie in den meisten anderen europäischen Ländern) kein Wille mehr besteht, Verfolgten aus unterdrückten und zerrütteten Regionen Aufnahme zu gewähren.

Und wir?

Bei all dem stellt sich schliesslich nur eine Frage: Können wir dagegen heute überhaupt noch etwas tun? Vor ein paar Jahren hat die schweizerische Asylpolitik Protestbewegungen ausgelöst und dadurch in ein paar Fällen sogar Einzelerfolge erzielt. Heute sind viele SympathisantInnen müde geworden. Revoltierte AktivistInnen schlagen sich immer noch mit den surrealistischen Prozeduren der Schweizer Behörden herum, um schlussendlich dann doch meist machtlos der Ausschaffung von völlig verwirrten Menschen beistehen zu müssen. Nötig wäre heute die Entwicklung und Propagierung einer ausgearbeiteten alternativen Flüchtlingspolitik. Wer hat dazu heute noch die Kraft und den Mut? Auf wen könnte man sich dabei abstützen, um auch nur ein bisschen Gehör zu finden? Kommt Einzelhilfe nicht schliesslich darauf hinaus, dass den Verfolgten die Illusion bleibt, die Schweiz sei doch noch ein wenig offen und human? Einfach zusehen, wie hier die elementarsten Grundsätze der Solidarität und Menschlichkeit in grösster Weise und mit offiziell bestem Gewissen verletzt werden, geht aber auch nicht.

Sind wir je in einer Frage in einer derart verzweifelten Lage gewesen? Ich gestehe offen, dass ich weder aus noch ein weiss. Was können wir GewerkschafterInnen hier tun? Liebe DiskussionsleserInnen, nützt endlich die Spalten dieser Zeitung aus, um zu dieser brennenden, bedrückenden Frage Eure Meinung zu äussern. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, eine Piste freizulegen.